Gaza als Katalysator für Präsident Trumps Gegen-UNO

Von Sacha Wigdorovits

Man mag den amerikanischen Präsidenten Donald Trump mögen oder nicht, aber eines muss man ihm attestieren: Die UNO hat er ziemlich frivol über den Tisch gezogen. Am 17. November letzten Jahres hat nämlich der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 2803 verabschiedet. Darin gab er seine Unterstützung für den von Trump im September 2025 veröffentlichten 20-Punkte-Friedensplan für Gaza bekannt. Und damit auch grünes Licht für die im Plan enthaltene Errichtung eines sogenannten «Board of Peace – eines Friedensrates». Selbstverständlich geführt von Donald Trump selbst.

So weit so gut. Bloss zeigt sich jetzt, nachdem der amerikanische Präsident in den letzten Tagen zahlreiche Details rund um das «Board of Peace» bekanntgegeben hat: Bei diesem Gremium geht es keineswegs nur um Gaza und eine friedliche Zukunft des bis jetzt von der Terrororganisation Hamas regierten und teilweise von der israelischen Armee besetzten Küstenstreifen am Mittelmeer.

Zwar wird in der Mitteilung, welche das Weisse Haus letzte Woche zum «Board of Peace» veröffentlicht hat, Gaza ausführlich thematisiert. So wurde bekanntgegeben, dass die zivile Verwaltung von Gaza einem aus 12 palästinensischen Technokraten bestehenden «National Committee for the Administration of Gaza (NCAG)» übertragen wird.

Dieses soll von Ali Sha’aht geleitet werden. Der gelernte Bauingenieur stammt aus Gaza, ist aber vom Westjordanland her mit Verwaltungsaufgaben bestens vertraut: Er war dort in unterschiedlichen Führungspositionen für die Palästinensische Autonomiebehörde PA tätig. Sha’aht hat bereits auch verlauten lassen, er plane die Berge von Bauschutt, die der von der Hamas mit ihrem Massaker in Israel am 7. Oktober 2023 verschuldete zweijährige Krieg in Gaza zurückgelassen hat, ins Meer zu verfrachten. So soll für die 2-Millionen-Bevölkerung von Gaza neues Land erschlossen werden.

Für seine anspruchsvolle Aufgabe, den stark verwüsteten Küstenstreifen wieder aufzubauen und das Leben dort zu normalisieren, wird dem NCAG ein Beratergremium namens «Gaza Executive Board» zur Seite gestellt werden. Es wird vom Trump-Vertrauten Steve Witkoff geleitet werden und aus Politikern, Militärs und Geschäftsleuten verschiedenster Nationalität bestehen, unter anderem dem früheren britischen Premierminister Sir Tony Blair.

Ausserdem hat das Weisse Haus bekanntgegeben, dass der amerikanische Generalmajor Jasper Jeffers die sogenannte «International Stabilization Force ISF» leiten soll. Eine multinationale Militäreinheit, welche für die Demilitarisierung des Gazastreifens verantwortlich sein soll.

Das «Board of Peace» selbst wird sich bei seinen Aktivitäten in Gaza durch den früheren bulgarischen Spitzendiplomat Nikolay Mladenov vertreten lassen. Er wird als «The High Representative» der Delegierte des von Präsident Trump präsidierten «Friedensrates» und dessen Verbindungsmann zum NCAG sein. Mladenov geniesst sowohl auf palästinensisch-arabischer als auch auf israelischer Seite einen guten Ruf.

Das «Board of Peace» will diese Aufgabe nicht selbst an die Hand nehmen. Und es will auch nicht, dass dies seine Geschäftsleitung macht, das sogenannte «Executive Board» (trotz personeller Überschneidungen nicht zu verwechseln mit dem «Gaza Executive Board»). Aus gutem Grund: Das «Board of Peace» hat sich uns seinem «Executive Board» noch andere Friedensmissionen auf die Fahne geschrieben.

Das geht allein schon aus der Gründungscharta der Organisation hervor: Dort ist Gaza mit keinem einzigen Wort erwähnt! Stattdessen steht in Artikel 1: «Das Board of Peace ist eine internationale Organisation, die Stabilität fördern, eine verlässliche und rechtmäßige Regierungsführung wiederherstellen und dauerhaften Frieden in von Konflikten betroffenen oder bedrohten Gebieten sichern will.»

Mit anderen Worten: Mit dem Segen der UNO vom 17. November 2025 hat US-Präsident Donald Trump den Grundstein für eine Gegen-UNO gelegt. Weshalb er dies als notwendig erachtet, wird in der Charta schon in den ersten vier Sätzen der Präambel deutlich. Darin wird die UNO massiv kritisiert. So wird bemängelt, dass (bei der UNO) «zu viele Ansätze zur Friedensförderung dauerhafte Abhängigkeit fördern und Krisen institutionalisieren, anstatt Menschen darüber hinauszuführen.» Deshalb, so heisst es in der Einleitung der Gründungscharta des «Board of Peace», brauche es zur Friedensvermittlung eine Organisation, die «flexibler», «beweglicher» und «wirksamer» sei.

Diese Kritik an den Vereinten Nationen ist berechtigt. Unter dem Strich ist die UNO weitestgehend dysfunktional. Ihren Organen und Repräsentanten fehlt je länger, je mehr die Glaubwürdigkeit. Das hängt zum einen mit ihrer Parteilichkeit zusammen. Insbesondere Israel wird in der UNO immer wieder mit besonders strengen Massstäben gemessen und an den Pranger gestellt. Oft mit Unterstützung der

Schweiz. Zum andern hat sich die UNO in den letzten Jahrzehnten bei sämtlichen grossen Konflikten als unfähig erwiesen, Lösungen zu vermitteln, geschweige denn durchzusetzen. Wo dies der Fall war, geschah es immer ohne ihr Zutun.

Das gilt nicht nur für den seit über 80 Jahren andauernden Konflikt im Nahen Osten, wie der Krieg in Gaza zeigte. Es war auch der Fall im Kosovokrieg (1998-99) sowie beim Genozid an 800’000 Tutsis in Ruanda (1994). Und es ist jetzt wieder so beim Krieg in der Ukraine, dem Bürgerkrieg im Sudan und der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung im Iran durch das menschenverachtende Mullah-Regime.

Ihre Teilnahme an der neuen Friedensorganisation von US-Präsident Trump zugesagt haben bisher unter anderem Argentiniens Präsident Xavier Milei, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dieser musste allerdings über seinen Schatten springen, da auch die Hamas-Unterstützer Türkei und Katar in gewissen Gremien der neuen Organisation vertreten sind.

Netanyahu macht in Trumps «Friedensrat» trotz Vorbehalten mit

Insgesamt hätten sich 59 Staaten bereit erklärt, bei der neuen Friedensorganisation mitzumachen, gab US-Präsident Trump am Weltwirtschaftsforum WEF in Davos bekannt, wo er zusammen mit 19 Vertretern anderer Regierungen die Charta des «Board of Peace» unterzeichnete. Dazu gehören sämtliche arabische sowie zahlreiche osteuropäische, asiatische und südamerikanische Länder. Die EU-Länder Deutschland, Frankreich und Grossbritannien halten sich mit einer Beteiligung aus Rücksicht auf die UNO noch zurück. Ob die Schweiz, die ebenfalls eingeladen wurde, mitmachen wird, wollte Bundespräsident Guy Parmelin in Davos nicht bekanntgeben

In Gaza – und in der Ukraine – muss das «Board of Peace» jetzt zeigen, ob es zu mehr im Stande ist als die «Versager-Organisation» UNO, die es ablösen möchte. Wird es seinem Namen gerecht und stiftet an diesen beiden Orten tatsächlich einen dauerhaften und gerechten Frieden, dann hat US-Präsident Donald Trump den begehrten Friedensnobelpreis tatsächlich verdient.

Und all die westeuropäischen Staaten die sich aus falsch verstandener Solidarität mit der UNO jetzt (noch) weigern, beim «Board of Peace» mitzumachen, werden sich dann sagen lassen müssen: «Les absents ont toujours tort – die Abwesenden haben immer unrecht.»

Siehe auch: Die Organisation der neuen Friedensorganisation

Zur Charta des „Board of Peace“: Charter of the Board of Peace

---

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.